

Bundestagswahl: 26. September 2021

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%): <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine **ernstzunehmende Wähler*innenschaft**.

Bitte antworten Sie daher

bis zum 05.09.2021.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker*innen, im Bundestag bislang niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://www.queer.de/detail.php?article_id=38244).

Niemand muss sich outen, aber es ist wertvoll, wenn Politiker*innen das tun.

- ***Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker*innen in Ihrer Partei bekannt? Wer? (Es geht hier um geoutete Personen. Und es geht darum, ob Sie geoutete Bisexuelle wahrnehmen, nicht darum, ob Sie eine Liste führen.)***

In der KlimalisteBW gibt es geoutete bisexuelle Mitglieder sowie weitere Mitglieder, die sich der queeren Community zugehörig fühlen. An Themen wie der Sichtbarkeit von sexuellen Identitäten arbeitet in der KlimalisteBW die Diversitätsbeauftragte einschließlich Ihres Teams. In der KlimalisteBW haben FINTA*-Personen unterschiedlichste Möglichkeiten, sich zu zeigen und entsprechend intensiv berücksichtigt zu werden. Es gibt bei der KlimalisteBW noch keine beruflich tätigen Politiker*innen, da diese junge Partei noch in keinem Parlament vertreten ist.

Es gibt bei der KlimalisteBW eine Diversitätsbeauftragte einschließlich ihres Teams, welche unter vielfalt@klimaliste-bw.de zu erreichen ist. Derzeit wird diese Position von Tina Frey, Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 280, ausgeübt. Tina Frey engagiert sich in ihrer Freizeit im Leitungsteam des CSD Rhein-Neckar e.V. und bildet sich stetig in den unterschiedlichsten Bereichen der queeren Community fort.

Frage 2:

Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44% (<https://broken-rainbow.de/lesben-haeufiger-von-gewalt-in-der-partnerschaft-betroffen-als-heterosexuelle-frauen/>).

Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Bisexuelle haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10508-018-1169-8>).

- ***Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?***

Hierzu können wir den Absatz des Wahlprogramms zu Diversität zitieren: „Wir von der KlimalisteBW erkennen die Wirkung struktureller und intersektionaler Benachteiligung an. Strukturelle Ungerechtigkeiten in Baden-Württemberg müssen in allen Institutionen konsequent beobachtet, aufgearbeitet und aufgehoben werden. Baden-Württemberg und seine Institutionen müssen jeglichen Formen der Diskriminierung beispielsweise aufgrund von

Geschlecht, sexueller Orientierung, tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, äußerem Erscheinungsbild, Religion, Weltanschauung, politischer Überzeugung, sozioökonomischem Status, Alter oder Behinderung entschlossen und selbstkritisch entgegenzutreten. Nur über eine Anerkennung und Bekämpfung der komplexen Wirkungsweisen von Benachteiligungen wie Diskriminierung und Armut kann echte Teilhabe-, Chancen-, Bildungs-, Generationen- und Gesundheitsgerechtigkeit erreicht werden.“ Für die KlimalisteBW ist Gesundheit keine Ware, sondern ein Recht.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über **Bisexualität in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit: 39% (<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

➔ **Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?**

Hierbei können wir das Wahlprogramm zitieren: „Die KlimalisteBW sieht Diversität ausdrücklich als Stärke. Daher unterstützt die KlimalisteBW die Forderungen des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg (Netzwerk-LSBTTIQ 2015) und wird für deren Umsetzungen eintreten. ... Die KlimalisteBW legt einen großen Fokus auf Chancengleichheit in allen Bildungswegen. ... Übergeordnetes Ziel unseres Bildungswesens muss es sein, Kinder, Jugendliche und Erwachsene dabei zu fördern, reflektiert handelnde, nachhaltigkeitsbewusste, selbstständige, verantwortungsbewusste und verantwortungsbewusst handelnde Menschen zu werden, zu sein und sich als solche weiterzuentwickeln.“ Anbei finden Sie eine nicht abschließende Aufzählung von Forderungen des Netzwerk-LSBTTIQ 2015:

- *Unterstützung der „Charta der Vielfalt“*
- *Verankerung der Thematik LSBTTIQ in den neuen Bildungsplänen 2015*
- *Aktive Aufklärungsarbeit zu „Was bedeutet Geschlecht?“ seitens des Landes in Bildung und Verwaltung*
- *Einrichtung einer Koordinierungsstelle LSBTTIQ innerhalb des Kultusministeriums*
- *LSBTTIQ als Thema in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen*
- *LSBTTIQ als Thema in der Weiterbildung von Schulpsycholog*innen*
- *Sichtbarkeit: Aufnahme von Themen aus dem Bereich LSBTTIQ in Lehrwerke*
- *Stärkung des Arbeitsgebietes LSBTTIQ in der politischen Bildung*
- *Verankerung von Aufklärungsprojekten in den Schulen*
- *Um schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Jugendliche in ihrer Identität wertzuschätzen und auf individuelle Bedürfnisse einzugehen, aber auch um Diskriminierung, Mobbing und Gewalt vorzubeugen, ist es essentiell, dass das Thema LSBTTIQ in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Jugendsozialarbeit als Querschnittsthema mitgedacht wird und Akteur*innen sensibilisiert werden. Hierzu ist es unerlässlich, dass beim momentan erarbeiteten Zukunftsplan Jugend des Sozialministeriums die Themen LSBTTIQ mit eingebunden werden.*
- *Vermittlung von Wissen über lesbische, schwule, bisexuelle und trans* Lebensweisen und Lebenswirklichkeiten*
- *Konsequentes Eintreten für Menschenrechte bei Kontakten des Landes Baden-Württemberg bzw. der Kommunen ins Ausland! Rechte von LSBTTIQ sollten integraler Bestandteil des kulturellen Austauschs mit Partnerländern bzw. Partnerstädten werden. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender sind ein integraler Bestandteil unserer gesellschaftlichen Vielfalt. Ein kultureller Austausch darf diesen Bereich nicht ausklammern. Es sollte im kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Austausch darauf hingewiesen werden, dass trans- und homophobe Gesetzgebungen in den Partnerländern, -regionen und -städten die jeweiligen Beziehungen erschweren oder sogar verunmöglichen. Handlungsbedarf besteht beim konsequenten Eintreten für Menschenrechte bei Kontakten des Landes Baden-Württemberg bzw. der Kommunen ins Ausland, Förderung des Austauschs von LSBTTIQ-*

Gruppen sowie die Benennung von Diskriminierung von Einzelnen als Gewalt gegen die gesamte Gesellschaft.

- *Flüchtlinge brauchen Unterstützung! Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuelle werden in zahlreichen Ländern der Welt wegen ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität verfolgt. Wer in Deutschland wegen seiner schwulen oder lesbischen Orientierung oder aufgrund von Transsexualität um Asyl bat, musste bisher mit einer Ablehnung rechnen; oft mit dem Hinweis, dass die sexuelle Identität im Herkunftsland auch verborgen und versteckt gelebt werden könne. Erst im Dezember 2012 begann Deutschland, Flucht vor Homophobie und Transphobie tatsächlich ernst zu nehmen. Die Anerkennung der Verfolgten im konkreten Verfahren ist aber weiter schwierig. Es bedarf einer konsequenten Anpassung der Asylpraxis an die Standards gemäß dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom September 2012. Handlungsbedarf besteht bei spezifischen Unterstützungsangeboten für LSBTTIQ-Flüchtlinge sowie deren Schutz vor weiterer Diskriminierung und Ausgrenzung im Asylverfahren.*
- *Sensibilisierung und Qualifizierung von Interessenvertretungen und Wirtschaftsverbänden*
- *Förderung von ganzheitlichem Diversitymanagement im Landesdienst, muss alle Vielfaltsthemen – also auch sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität – miteinbeziehen*
- *Spezifische Förderung von Diversity im klein- und mittelständischen Unternehmen*
- *Förderung und Forderung von Diversity und Geschlechterparität in Wirtschaftsverbänden*
- *Entwicklung gemeinsamer Aktionen der Landesregierung mit den Wirtschaftsverbänden*

Frage 4:

Es gibt in allen Bundesländern einen **Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit**, nur in Bayern und auf Bundesebene nicht (<https://www.lsvd.de/de/ct/424-Welche-Bundeslaender-haben-Aktionsplaene-gegen-LSBTI-Feindlichkeit>).

- **Welche Inhalte sind Ihnen in so einem Plan wichtig, auch Bi+Inhalte? Werden Sie sich in jeder Koalition dafür einsetzen?**

In jedem Fall werden wir uns in der Politik dafür einsetzen! Die KlimalisteBW ist eine Partei, die Vielfalt fördert und gegen jegliche Formen von Benachteiligung oder Diskriminierung konsequent vorgeht. Auch bundesweit können die Inhalte der Forderungen des Netzwerk-LSBTTIQ 2015 als Grundlage angesehen werden, welche die KlimalisteBW ausdrücklich unterstützt. Mitglieder der KlimalisteBW nehmen für die Diversitätsthemen an unterschiedlichsten CSDs in ganz Deutschland teil und unterstützen deren Forderungen ebenfalls. Bei dem CSD in Köln, der vor wenigen Wochen stattfand und an dem ebenfalls die Diversitätsbeauftragte der KlimalisteBW teilgenommen haben, wurden beispielsweise folgende Forderungen benannt, welche die KlimalisteBW unterstützt:

- **Erweiterung des Artikels 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale sexuelle und geschlechtliche Identität.**
- **Bundesweite Aktionspläne gegen Homo-, Trans- und Biphobie.**
- **Internationales Engagement der Bundesregierung für die Einhaltung der Menschenrechte insbesondere in der Unterstützung von LGBTIQ*-Initiativen.**
- **Unterstützung für LGBTIQ*- Geflüchtete sowie bessere Schulungen der Behörden, sichere und menschenwürdige Unterkünfte.**
- **Finanzierung der Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit an Schulen und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.**
- **Ein reformiertes Abstammungsrecht, das alle Formen von Regenbogenfamilien anerkennt und absichert.**
- **Die Durchsetzung der Stuttgarter Erklärung zur menschenrechtskonformen Behandlung von Menschen mit geschlechtlichen Normabweichungen.**
- **Unterstützung von Trans*- und Inter* Personen zu gesetzlichen Regelungen ohne Diskriminierung und Pathologisierung.**
- **Besondere Pflege, Unterbringung und Teilhabe älterer und hilfsbedürftiger LGBTIQ*.**
- **Mehr Sensibilisierung und Unterstützung für LGBTIQ*-Menschen beim Coming-out durch Aufklärung. Notfalltelefone und ein deutschlandweites Netz von Beratungsangeboten.**
- **Kooperationen zwischen LGBTIQ* Jugendzentren und heteronormativen Jugendzentren und -gruppen, sowie die Sicherstellung deren Finanzierung.**

- Antidiskriminierungsarbeit für Menschen mit HIV sowie mehr Mittel für die Aufklärung zu neuen Behandlungs- und Präventionsmethoden auch zu anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen.
- Verbesserung der medialen Berichterstattung queerer Veranstaltungen und umfassende Sichtbarkeit von queeren Leben.
- Beseitigung arbeitsrechtlicher Ungleichbehandlung von queeren Beschäftigten in Tendenz- und Konfessionsbetrieben.

Frage 5:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheitsratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html
- ➔ **Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**

In unserem Wahlprogramm steht: „Um zukunftsorientierte Politik auf Basis der Wissenschaft zu betreiben, sind die Unabhängigkeit sowie Förderung der Forschung und Lehre unabdingbar.“ Die KlimalisteBW befürwortet die Aktivitäten der LSBTI*-Verbände und sagt ihre Unterstützung zu. Ein bundesweiter Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird von der KlimalisteBW ausdrücklich unterstützt. Der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ (<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/aktionsplan-fuer-akzeptanz-gleiche-rechte-baden-wuerttemberg/>) sowie LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 der Europäischen Union (https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/lgbtiq_factsheet_2020-2025_de.pdf) stellen eine gute Grundlage für die erforderliche Priorisierung der Vielfaltsthematik dar. Die Vermittlung von Informationen über die Vielfalt sexueller Orientierungen sowie geschlechtlicher Identität muss ein selbstverständlicher Bestandteil der Studiengänge und Lehrinhalte werden. Die entsprechenden Studienordnungen sind dahingehend zu ändern und zu ergänzen. Wir fordern eine umfassende interdisziplinäre Erforschung der Abwehr, Feindlichkeit und Gewalt gegen LSBTI. Forschung auf dem Gebiet zur Homosexuellen- und Transfeindlichkeit soll gefördert werden. Fragen der Emanzipation und Gleichstellung von LSBTI* müssen in der Forschung einen angemessenen Stellenwert finden, ebenso die Problemkreise Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie Diskriminierung.

Frage 6:

Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller**

Sichtbarkeit:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,
https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr gibt es den ersten **Bi+Pride** in Deutschland mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit (www.bipride.de).

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>).

- ➔ **Welche vergleichbaren Aktionen können Sie sich vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?**

Gerne setzen wir uns für Aktionen zur Sichtbarkeit der queeren Community ein. Insbesondere sexuelle Orientierungen sind nicht automatisch sichtbar. Daher ist es besonders wichtig, über diese Themen in Form von unterschiedlichen Aktionen, Workshops und Veranstaltungen Raum zu geben. Eine tolle Aktion sind die unterschiedlichen Flaggen bei den CSDs, welche der Vielfalt der queeren Community Sichtbarkeit verleihen. Weitere Aktionen sind insbesondere im

Bildungsbereich vorstellbar. Als Teil der CSD, Vereine oder Jugendzentren könnten Veranstaltungen für Bisexuelle sowie Interessierte angeboten werden.

Frage 7:

Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen, gefährden Kinder, obwohl sie das Gegenteil behaupten (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur*innen auch bei Politiker*innen Gehör. (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Auch in der Politik äußern sich **Politiker*innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Sachverständige fordern Initiativen gegen **Hasskriminalität gegen LSBTI***:

- <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-pa-inneres-lsbt-844444>
- ➔ **Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?**

Menschenrechtsfeindliche Äußerungen sind anzuzeigen. Gegen Personen, welche derartige Aussagen treffen, muss vorgegangen werden! Personen, welche unter diesen Aussagen leiden, müssen dazu sensibilisiert und ermutigt werden, dies zur Anzeige zu bringen. Es sind Safe Spaces für Menschen einzurichten. Unter anderem für Menschen, welche noch nicht den Mut aufbringen können, gegen diese Äußerungen vorzugehen. Es muss sichergestellt sein, dass die Polizei im Falle solcher Anzeigen gut ausgebildet ist, empathisch reagiert und entsprechend Rücksicht nimmt. Weitere konkrete Maßnahmen des Netzwerk-LSBTTIQ 2015, welche wir ausdrücklich unterstützen, finden Sie anbei zitiert:

- *Überwindung von Homo- und Transphobie am Arbeitsplatz*
- *Schulungs- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen und Führungskräfte, um Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verhindern*
- *In vielen außerschulischen Einrichtungen erleben LSBTTIQ-Menschen Ausgrenzung und Diskriminierungen. Deshalb müssen Menschen, die in sozialen Berufen und mit heranwachsenden Menschen arbeiten, sowohl in der Aus- als auch in der Weiterbildung dringend Schulungen zum AGG und zur sozialen Kompetenz im Umgang mit LSBTTIQ-Menschen erfahren.*
- *Initiieren von Projekten, Treffen und Aktionen, Sorge tragen für den Abbau von Diskriminierungen sowie Homo- und Transphobie (entsprechend dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und in Kooperation mit anderen Anti-Diskriminierungsstellen), Anmahnen der Einhaltung der Menschenrechte, Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Integration, Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Gruppen.*
- *Qualifizierte*r hauptamtliche*r Ansprechpartner*in für LSBTTIQ bei Landeseinrichtungen, z.B. im Rahmen einer Antidiskriminierungsstelle oder bei Gleichstellungsbeauftragten.*
- *In die Landesverfassung wird ein Diskriminierungsverbot für Menschen mit LSBTTIQ-Hintergrund eingeführt.*
- *Einführung einer zentralen Beratungsnummer in Bezug auf Gewalt gegen LSBTTIQ Konkret: Ggf. Integration in bereits bestehende Beratungsnummern (Rosa Telefon, Aids-Hilfen oder Antidiskriminierungsstellen etc., die auch tagsüber erreichbar sind). Förderung der notwendigen Infrastruktur*
- *Entwicklung und Finanzierung von Angebots- und Fortbildungsbausteinen zum Thema „intersektionelle Diskriminierung“.*
- *Unterstützung von LSBTTIQ-Gruppen bei Aktivitäten, Fortbildungen etc., die sich explizit mit Ausgrenzung und Ausbeutung von Minderheiten in jeglicher Ausprägung auseinandersetzen (Stichwort Intersektionalität)*
- *Förderung von spezifischen Anti-Rassismus-Aktivitäten*
- *Fortbildungen für die Community und für Aktive in der Beratungs- und Jugendarbeit zu Rassismus, Islamophobie, ethnischer Grenzziehung und Intersektionalität*

- **Inklusive Antidiskriminierungsnetzwerke Konkret: Aufbau von inklusiven Antidiskriminierungsnetzwerken kommunal und landesweit. γ Berücksichtigung von Homophobie, Transphobie, Sexismus und Rassismus.**
- **Anpassung des Bildungsplans Konkret: Aufnahme des Themas LSBTTIQ in den Bildungsplan, um Diskriminierung und Mobbing entgegenzusteuern und Jugendliche bei ihrer Identitätsfindung zu unterstützen.**
- **Bundesrat – Modifizierung der Kirchenklausel Konkret: Baden-Württemberg soll im Bundesrat eine Initiative zur Modifizierung der sog. Kirchenklausel im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (§ 9 AGG) starten mit dem Ziel eines besseren Diskriminierungsschutzes für LSBTTIQ.**
- **Anpassung der schulischen Leitlinien Konkret: Verankerung des Themas „Abbau von Diskriminierung und Gewalt gegenüber LSBTTIQ“ in den schulischen Leitlinien.**

Frage 8:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824). Gerade in Corona-Zeiten sind Blutspenden rar.

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), die Initiative „Grundgesetz für alle“ von sehr vielen Organisationen und Prominenten unterstützt wird (<https://grundgesetz-fuer-alle.de/>), plante die alte Bundesregierung keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

Die **Anerkennung der gemeinsamen Elternschaft von gleichgeschlechtliche Paaren** fehlt in Deutschland nach wie vor (https://www.focus.de/regional/niedersachsen/etappensieg-fuer-gleichberechtigung-zwei-muetter-in-geburtsurkunde-lesbisches-paar-wird-fall-fuer-bundesverfassungsgericht_id_13129494.html).

Die lange kritisierten **geschlechtsangleichenden Operationen an intergeschlechtlichen Kindern** werden nun verboten, allerdings gibt es hier noch unnötige Ausnahmen (<https://www.sueddeutsche.de/panorama/kinder-intergeschlechtlich-gesetz-1.5287608>).

Die sogenannten „**Konversionstherapien**“ sind mittlerweile verboten, aber auch hier gibt es Schlupflöcher für Eltern, die dies doch unbedingt durchsetzen wollen (<https://www.lsvd.de/de/ct/914-Umpolungstherapien-wollen-Homosexualitaet-und-Transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot>).

➔ **Werden Sie hier vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?**

- **Verbesserung der Blutspenderegulungen,**
- **Trans*-Rechte,**
- **Schutz im Grundgesetz,**
- **Anerkennung von zwei Müttern,**
- **Schutz von Inter*-Kindern,**
- **Verbot von Konversionstherapien**

Die KlimalisteBW setzt sich für die Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechten ein. Jede der genannten Maßnahmen wird seitens der KlimalisteBW unterstützt. Neben dem Einsatz für

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

die Klimagerechtigkeit und die Einhaltung der 1,5-Grad Grenze ist ein weiterer Schwerpunkt der Partei der Schutz der Menschenrechte sowie die Förderung von Diversität!